Das Reichsbanner

Erscheint jeden Sonntag Bezugspreis vierteljährlich 1.95 RM., monatlich 65 RPfg Zeitungspreisliste 4. Nachtrag Seite 21 Einzelnummer im Zeitungshandel 20 RPfg Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernruf 6264—6267 Postscheck 122 Magdeburg Redaktionelle Leitung Karl Höltermann, verantwortlich Ernst Diekenthal, beide in Magdeburg Tel. 9775 Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Magdeburg, Gr. Schulstr. 2b Tel. 4619 Postscheck 2025 Magdeburg Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen. / Insertions-Bedingungen: Die 9 gesp. Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 RPfg., die 3 gesp. Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 RM / Beilagen nach Vereinbarung / Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer E. V. / Sitz Magdeburg

Nr. 41 — Magdeburg, 25. November — Jahrgang 1928

Die Gefallenen mahnen

Totengedenken

Von Dr. Heinrich Krone.

Jedes Jahr ist ein besonderer Tag den Toten des Weltkrieges geweiht. Ein März-Sonntag. In der Zeit des aufbrechenden Frühlings. Näher liegt uns der Herbst, der Toten zu gedenken. Da stirbt die Natur.

Es scheint oft so, als ob die Menschheit die Lehre des Krieges langsam wieder vergißt; daß um zehn Millionen Krieger das Totenreich in vier blut- und tränengetränkten Kriegsjahren mehr bevölkert worden ist, daß zwei Millionen Deutsche, Väter, Brüder, Söhne, Freunde heute nicht mehr unter uns sind. Wir legen Kränze der Trauer auf ihre Gräber, hier und jenseits der Grenzen, überall wo Kameraden ihnen ein Grab schaufelten, eine Inschrift setzen konnten. Wo eine Granate ihrer Leiber zerriß, in die Tiefe wühlte, kann nur ein stummes Gedenken ihnen einen Kranz der Liebe winden. Gerade wir sollten diesen Dienst den Toten erweisen und es nicht denen überlassen, die eine nationalistische Lehre aus dem großen Sterben ziehen. Nur so kann der große Gedanke lebendig bleiben, der sich in einem Gedicht Walter Steinbachs ausdrückt:

Wir Namenlosen der großen Zeit
marschieren, marschieren in Ewigkeit.

Wir Namenlosen der großen Zeit,
wir rufen die Menschheit zur Menschlichkeit.

Es geht um die Frage nach dem Sinne dieser Lebensopfer.

Das Leben ist der Güter höchstes nicht. Das wissen wir. Es gibt eine Pflicht, sich zu opfern, wenn es um ein Höchstes und Letztes geht. Alle Nationen zogen in den Krieg, weil es ihnen um eine gerechte Sache ging. So sahen sie den Krieg. Doch allmählich zerbrach aber diese Sinngebung des Krieges vor der Wirklichkeit. Man erkannte den Un-Sinn des Krieges. Furcht vor Machteinbuße, vor Verlust von territorialen und wirtschaftlichen Machtfeldern, das Verranntsein in einen Irrwahn, aus dem es kein Zurück, zwangläufig nur noch ein Vorwärts gibt, so kam das Ende mit Schrecken.

So fragen wir nach dem Sinn all dieser Lebensopfer. Wir wollen und müssen klar in die Zukunft schauen und in die Welt hinausrufen, daß wir den Krieg als ein Mittel, den Streit der Völker um Daseins- und Lebensraum zu schlichten, verfluchen. Nicht weil wir das Opfer scheuen und das Leiden fliehen, sondern deshalb, weil wir dem modernen Kriege der Elektrizität und der Gase keinen Sinn mehr beilegen können. Der Kampf um Gut und Böse wird uns dauernd auf der Erde beschieden sein. Doch was zwingt uns, die Spannungen zwischen den Völkern durch Kriege modernster Technik aufzuheben, durch einen Krieg, der in der Zukunft das ganze Volk in seinen Bann zieht, der die Längstfronten kämpfender Krieger nicht mehr kennt, sondern das ganze Land zum Schauplatz des Mordens und Sterbens macht. Nichts!

Nicht auf schöne Theorien und Systeme wollen wir uns hier stützen. Der Wille entscheidet, die politische Kraft. Darum gilt es, der Gleichgültigkeit und Vergeßlichkeit unsrer Tage das lebendige Bild des Krieges zurückzurufen. Der Unbesorgtheit, dem Spiel mit den Feuern den elementaren Willen gegen den modernen Krieg entgegenzustellen.

Völker sind keine konstanten Größen. Sie wachsen, leben und vergehen. Sie brauchen Raum, um zu leben; ein wachsendes Volk wachsenden Raum. Wer das nicht sieht, wer mit den Völkern wie ein Konstrukteur umspringt, sie wie Bausteine in einen ewigen Friedenstempel der Vernunft einbauen will, der ist ein Phantast und sieht die Wirklichkeit nicht. So manche Weltbaupläne leiden an diesem Konstruktionsfehler übergroßer Vernünftigkeit. Nun aber die Frage: Liegen denn die Kämpfe um wirtschaftliche Machtsphären, um Kohle und Petroleum, um Kolonien wirklich im Bereich des jedem Volke seinen Wachstumskräften nach zustehenden Lebensraumes? Entspringen sie nicht vielmehr dem Macht- und Geldhunger einzelner und Gesellschaften? Sind diese das Volk? Bestimmen diese die Lebensnotwendigkeiten, den Lebensraum eines Volkes? Bewahren wir uns den Blick für die Wirklichkeit, die so gern mit nationaler Ideologie umbrämt wird, während es in der Tat nur Streben nach Macht und Geld ist.

Die wirtschaftlichen Machtkreise bestimmen heute weitgehend die auswärtige Politik der Staaten, die Höhe der Wehretats, einerlei, ob es sich um Staaten handelt, in denen privilegierte Schichten herrschen oder um Demokratien, in denen angeblich der Volkswille regiert. Wir haben es erlebt, wie sehr dieser Volkswille gemacht, mißbraucht, umgangen wird.

Auf keinem Gebiet wird auf der ganzen Welt undemokratischer regiert als in der Außenpolitik. Hier regieren wenige, so wie sie wollen. Hier ist praktisch noch kein Durchbruch der wahren Volksgesinnung erfolgt. Dazu sind diese wenigen für die Beziehungen der Völker Verantwortlichen trotz des Krieges wieder in eine Atmosphäre gegenseitiger Unsicherheit hineingeraten. Man rechnet mit Komplikationen und — rüstet. Fragt die Völker selbst, auch die wachsenden, nach Raum suchenden, ob ihnen der moderne Krieg ein brauchbares und willkommenes Mittel ist, Spannungen zu lösen. Fragt die Völker nach den Rüstungsplänen ihrer Regierungen. Fragt selbst die Politiker und Parlamentarier, insbesondere jene, die ohne Deuteln auf eine internationale Verständigung lossteuern. Sie sind vom Unsinn des Wettrüstens überzeugt. Was sie aber hindert, hier einen entscheidenden Schritt zu tun, ist die Unsicherheit vor der internationalen Zukunft, der Gedanke, das vollkommen abgerüstete Volk werde dann Spielball und Kampfplatz der Nachbarn. Leider ist diese Besorgnis nicht unbegründet. So schlittern die europäischen Nationen wieder in ein Wettrüsten hinein, aus Unsicherheit und Furcht voreinander — wider besseres Wissen und bessern Willen.

Ich sehe nur ein Mittel: Das Volk muß sich regen, die Völker alle und ihren wahren und starken Willen zum Frieden zum Durchbruch bringen. In die Stuben sämtlicher Auswärtiger Aemter müssen sie ihren unbedingten Willen zum Frieden hineintragen. Diesem Drucke der öffentlichen Meinung wird die auswärtige Leitung sämtlicher Staaten nachgeben müssen. Wir müssen uns aber vor Schritten, wie es das Panzerkreuzer-Volksbegehren der Kommunisten war, hüten. In ihm steckte eine innere Unwahrhaftigkeit. Das war nicht der Wille zum Frieden, das sollte ein Schritt zur internationalen kommunistischen Revolution sein. Dieser Weg hat nichts zu tun mit einem Aufruf an alle Völker zum Frieden und gegen den Krieg.

Die Verantwortung vor dem Schicksal seines Volkes liegt schwer auf dem Politiker. Nur schrittweise wird er sein Ziel erreichen. Um so mehr müssen alle Kräfte, die internationale Macht besitzen, die Kirche, die Arbeiterschaft, der Völkerbund, die Wissenschaft, ihre Kräfte einsetzen. Es geht um die Erziehung der Menschen, insbesondere der jungen Menschen zur Menschlichkeit.

*

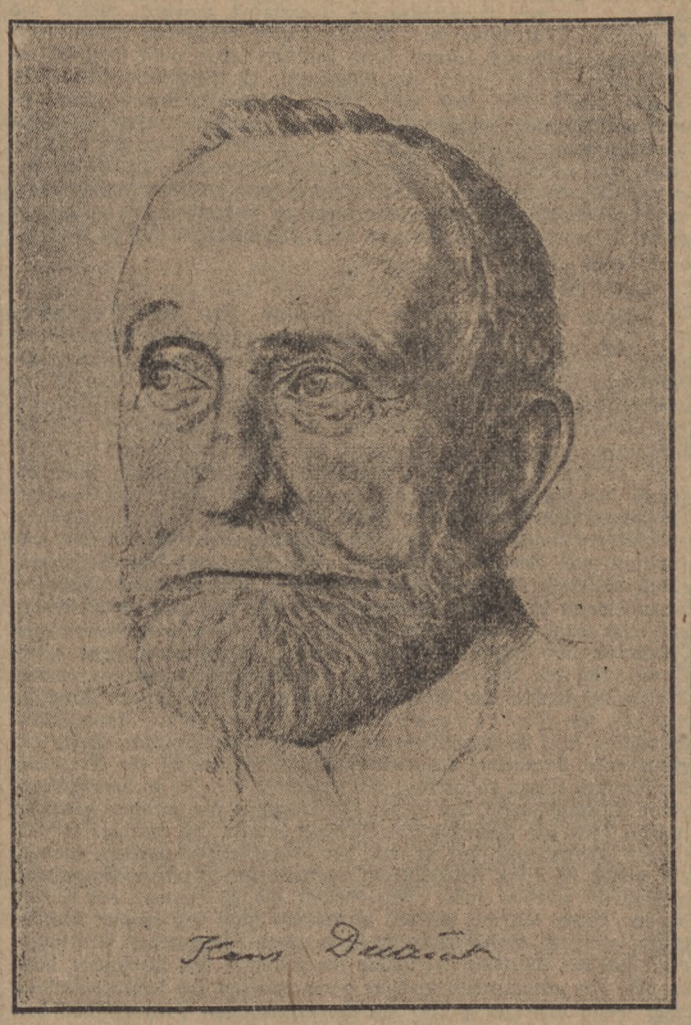
Vielfach begegnet man der Meinung, daß Wille zum Frieden Schwäche sei; mannhaft und stark sei nur das Volk in Rüstung und Waffen. Gerade das Gegenteil ist richtig. Der Wille zum Frieden und gegen den Krieg fordert mehr Mut und Kraft als die landläufige Auffassung von Wehrhaftigkeit und Krieg, die meistens gesellschaftliche Schwäche ist.

Hans Delbrück und die Kriegsteilnehmer

Zu seinem 80. Geburtstag

In diesen Tagen hat der Historiker Hans Delbrück unter lebhaftester Anteilnahme des In- und Auslandes in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Im reichen Chore der glückwünschenden und dankbaren Volksgenossen vermißten wir bislang eine besonders gewichtige Stimme: die der deutschen Kriegsteilnehmerschaft. So sehr auch heute noch politische Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und dem vormaligen freikonservativen, wenn auch heute der Demokratischen Partei nahestehenden Politiker gegeben sein mögen — das Reichsbanner rechnet es sich zur Ehre an, den Reigen der Gratulanten heute zu schließen und dem Historiker Delbrück auch den Dank der republikanischen Kriegsteilnehmer darzubieten.



Hans Delbrück.
Nach einer Radierung von Hans Tiburtius.

Hans Delbrück*) ist als junger Jägeroffizier 1870 mit ins Feld gezogen und hat auf dem historischen Boden von Metz mitgekämpft. Wie die Wurzeln der Weltkriegskatastrophe, gerade auch nach Delbrücks Darstellung, bis in jene Zeit zurückreichen, so charakterisiert sich auch das geistige Schaffen des Historikers als ein lebendiger Zusammenhang aus jenen Tagen bis in die Gegenwart. Aus dem kleinen Jägerleutnant, der kameradschaftlich-brüderlich mit seinen Soldaten zusammenhielt, ist der streitbare Politiker und tiefblickende Historiker geworden; aber das deutsche Soldatenherz hat in ihm weitergeschlagen, und kaum ein zweiter geistig Schaffender in unserm Volke hat es mit dem „Volk in Waffen" redlicher gemeint und tapferer dafür gestritten als der Historiker Delbrück.

Niemand hat nachdrücklicher und erfolgreicher bis heute gegen Deutschlands Alleinschuld am Kriege angekämpft als Delbrück. Aber zwei Dinge schienen ihm doch (mit Recht!) Deutschlands Schuldkonto zu belasten: Das auf den rücksichtslosen Bruch der belgischen Neutralität gegründete „Siegesrezept" des preußischen Großen Generalstabes und die zwecklose Uebersteigerung der deutschen Flottenrüstung unter dem Regime des Großadmirals von Tirpitz in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg. Bekanntlich war (wohl auf Wilhelms II. persönliches Eingreifen hin!) der preußische Große Generalstab in den 90er Jahren von dem rein defensiven Kriegsplan des alten Moltke radikal abgewichen. Der alte Moltke gedachte im Westen zunächst keinen Schritt über die Grenze zu tun, die Westgrenze wohl auch systematisch fortifikatorisch weiter auszubauen, im Osten aber gemeinsam mit den Oesterreichern sich zum Gegenstoß gegen eine zaristisch-panslawistische Offensive bereit zu halten. Man kann heute wohl als unbestreitbar hinstellen, daß die russische „Dampfwalze" sich nie gegen deutsche oder auch österreichisch-ungarische Grenzen in Bewegung gesetzt, daß die französischen Piou-Pious (trotz aller chauvinistischer Propaganda) nie gegen Metz und Straßburg angerannt wären, und daß keine englische Regierung ihr an sich friedliebendes Volk zum Kampfe gegen die deutsche Schwesternation vor-

*) Wir verweisen auf das jetzt erschienene Buch „Am Webstuhl der Zeit — eine Erinnerungsgabe. Hans Delbrück, dem Achtzigjährigen, von Freunden und Schülern dargebracht". Herausgegeben von Emil Daniels und Paul Rühlmann. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61. — Dem Werk ist die auf dieser Seite befindliche Radierung entnommen.

zubringen vermocht hätte, wenn eben nicht als internationales Alarmzeichen der belgische Neutralitätsbruch hochgezogen worden wäre. Natürlich war es vor dem Kriege bei uns außerordentlich erschwert, ein so heikles Thema wie das des „Kriegsplanes" anzuschneiden. Der Freiherr von Eckardtstein will Schlieffen gegenüber schon 1907 darauf aufmerksam gemacht haben, wie dieses ungeheuer wichtige Problem eigentlich Deutschlands künftiges Sein und Nichtsein umschließe. Delbrück hat Jahre vor dem Krieg einzuwirken versucht, daß der ungeheuerliche militärische Fehler des Westaufmarsches (mit Neutralitätsbruch) unter allen Umständen vermieden werde. Der Generalstab war aber in seinen Schulmeinungen zu „erstarrt", wie Delbrück 1925 einmal im „Berliner Tageblatt" (im Hinweis auf eine Aufsatzreihe des Verfassers in Dr. Heuß' „Deutscher Nation") bemerkt hat, um besserer Einsicht Gehör zu schenken. So sehr H. Delbrück sich persönlich bemühte, das Reichswehrministerium hat doch bis heute die restlose Aufhellung jener schwerwiegendsten, tiefsten Ursache des deutschen Zusammenbruchs, die militärische Verletzung der belgischen Neutralität und ihrer Vorbereitung (bis 1914) im Zeitalter der „Oeffnung der Archive" zu verhindern gewußt.

Diese Neutralitätsverletzung war aber letzten Endes nur das Ergebnis irriger „feldherrlicher" Meinungen, war schließlich nur der Ausdruck dafür, daß die deutschen Strategen, über die Weisheit des alten Moltke hochmütig hinwegsehend, ihr Handwerk oder ihre Kunst nicht verstanden und abgeirrt waren zu der Methode, mit dem Kopfe durch die Wand zu wollen. Ein Großteil der wissenschaftlichen Lebensarbeit H. Delbrücks vor dem Kriege hat zum Zwecke gehabt, in die deutsche Strategie, in die deutsche Lehre vom Kriege den gesunden Menschenverstand wieder einzuführen und „Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft" (Goethe) auch dort in ihre Rechte zu setzen. Kein Geringerer als Dr. Groener, ein anerkannter Mann vom Fache, hat in diesen Tagen die Bedeutsamkeit des heroischen wissenschaftlichen Kampfes Delbrücks um eine logisch saubere „Kriegswissenschaft" anerkannt. Die „Vernichtungsstrategen" nach dem Muster der Ludendorff haben vor dem Kriege, erst recht 1914—1918, leider die Oberhand behalten. Sie hatten keinen Sinn für die Notwendigkeit weisen Haushaltens mit der Volkskraft, was Delbrück so eindringlich, lange vor dem Krieg und soweit dies unter dem Zwange der Zensur möglich, auch im Kriege betonte.

Die Vernichtungsstrategen des Großen Generalstabes: die Ludendorff, Bauer, Nikolai usw., hatten infolgedessen zum Unheil des deutschen Volkes auch keinerlei Verständnis für die Schicksalsfrage des Verständigungsfriedens. Auch da müssen die deutschen Kriegsteilnehmer es dankbar anerkennen, wie tapfer der vormals konservative Politiker ihre Sache — baldigsten Friedensschluß — verfocht. Wie der Weltkrieg herausbrach aus dem Neutralitätsbruch, so nährte sich das Kriegsfeuer weiter aus dem hartnäckigen Widerstreben des maßgebenden Großen Hauptquartiers und seiner Hintermänner gegen die bedingungslose Freigabe Belgiens.

Im Blick auf diese ganzen Zusammenhänge mußte der klar sehende Historiker zu einer scharfen Verurteilung dessen kommen, was seit dem (von unsern Kameraden M. Gruber, dem Redakteur der „Münchner Post", und seinem Anwalt Dr. M. Hirschberg) so tapfer durchgefochtenen Dolchstoßprozeß bezeichnet worden ist als die „Dolchstoßwissenschaft". Klipp und klar nannte er es — und das ist das dritte Große, was das deutsche Kriegsteilnehmertum über alle Parteischranken hinweg Delbrück danken müßte: Geschichtsfälschung. Die berufenen Reichswehrstellen haben es unterlassen, gegen die Dolchstoßlüge vorzugehen. Mit der Tapferkeit des alten Jägeroffiziers von St. Privat ist der greise Historiker dagegen vorgegangen.

In ungebrochener Kraft schafft der heute in jugendlicher Zuversicht auf dem Boden der Republik, der Demokratie, der Volkssouveränität weiterwirkende große Historiker an seiner bis zum 5. Bande schon gediehenen „Weltgeschichte". Wir republikanischen deutschen Kriegsteilnehmer hoffen und wünschen, daß sich gerade in der abschließenden Schilderung jener furchtbar großen Jahre von 1914—1918 sein volksfreundliches, wahrhaft staatsmännisches Wirken nochmals spiegele, und daß darüber hinaus der reiche Schatz persönlichen Erlebens in einer Sonderdarstellung der Weltkriegskatastrophe noch niedergelegt werde.

M.

Außenpolitik

Frankreichs Regierungskrise — Die Vorgeschichte Staatsmann Poincaré — Rechts und links — Und die Verständigungspolitik?

Frankreich hat eine Regierungskrise hinter sich. Erwartet und unerwartet zugleich war sie ausgebrochen. Erwartet, denn jedermann wußte, daß die widernatürliche Koalition von Herriot bis Marin nicht mehr lange Bestand haben würde. Unerwartet, denn es schien sicher, daß das Kabinett Poincaré die Verabschiedung des Budgets noch überleben würde.

Die Koalition war widernatürlich. In der Regierung saß Marin, der kaum viel weiter links steht als bei uns Herr Hugenberg und in der Regierung saßen vier Radikalsozialisten und zwei Republikanische Sozialisten, beides Gruppen, die etwa unsern Demokraten entsprechen. Diese Regierung war ein Notgebilde, geschaffen zur Rettung der französischen Währung, die im Strudel der Inflation zu versinken drohte.

Die Finanzmisere begann gleich nach dem Kriege. Alle französischen Regierungen trieben leichtsinnige Ausgabenpolitik. „Deutschland wird zahlen", damit beruhigten sie ihr Gewissen. Aber Deutschland zahlte nicht, weil es nicht zahlen konnte. Als das französische Volk das erkannte, versagte es die falschen Propheten und wählte links (Mai 1924). Doch die Linksregierungen (Herriot, Painlevé, Briand) scheiterten an der Finanzfrage. Es fehlte ihnen Zielklarheit und Energie. Zwei Jahre verstrichen. Der Frank fiel und fiel. Frankreich wurde nervös. Es rief nach dem Retter, es rief nach Poincaré, nach dem Manne, den es zwei Jahre zuvor wegen seiner Außenpolitik, die in die Sackgasse geführt hatte (Ruhrbesetzung), verjagt hatte.

Warum erschien gerade Poincaré als Retter? Nicht nur, weil die Finanzkreise Vertrauen zu ihm hatten. Nein, Poincaré ist ein Staatsmann von Format. Wir deutschen Republikaner lieben diesen Mann wahrhaftig nicht. Ihm ging der Versailler Vertrag noch nicht weit genug. Durch Auslegungskünste, die eines Winkeladvokaten würdig sind, suchte er den Vertrag zu verschärfen. Für deutschen Verständigungswillen hatte er nur eiskalten Hohn. Dem Kabinett Wirth-Rathenau, das aufrichtig nach Verständigung strebte, machte er Schwierigkeiten über Schwierigkeiten und setzte dadurch den deutschen Nationalismus in den Sattel. Die Ruhrbesetzung unter nichtigen Vorwänden, die Unterstützung des Separatistengesindels kann ihm das deutsche Volk nicht vergessen. Und doch, daß er ein Staatsmann ist, der zurzeit nicht viel seinesgleichen hat, können auch wir nicht leugnen.

Vier Eigenschaften besitzt er, die den Staatsmann ausmachen. Er weiß, was er will, er ist nüchtern und zielbewußt. Er setzt mit beispielloser Zähigkeit seinen Willen durch. Er ist fleißig und von erstaunlicher Arbeitskraft, daher seinen Beamten stets überlegen. Er ist persönlich korrekt bis zum letzten; sein schlimmster Feind kann ihm nichts vorwerfen. Das ist seine Stärke, sie macht ihn dem weichen Herriot, dem wandelbaren und nicht gerade arbeitswütigen Briand, dem persönlich kaum ganz einwandfreien Caillaux überlegen. Gewiß, wo Licht ist, ist auch Schatten. Poincaré ist kleinlich und oft kindisch starr, er verbeißt sich in lächerlichen Nebenfragen. Und Poincaré hat Diktatorenallüren, bei einem Parlament, das so eifersüchtig auf seine Rechte wacht, wie das französische, nicht gerade immer die beste Methode.

Doch zur Rettung aus der Währungsnot war er der rechte. Seine erste Parole war Burgfrieden. Am liebsten hätte er alle Parteien außer den Kommunisten an seiner Regierung beteiligt. Doch die Sozialisten versagten sich ihm. Sie wollten nicht Poincarés Weg der Sanierung. Sie blieben Opposition, allerdings loyale und verantwortungsbewußte Opposition. Die bürgerlichen Parteien aber scharte Poincaré um sich, von rechts bis links. Und es waren keine Nebenfiguren. Es waren die anerkannten Führer der Parteien. Herriot, Briand, Painlevé, Barthou, Leygues, alles gewesene Ministerpräsidenten, Marin, der Führer der Rechten. Tardieu, ein Mann der Zukunft. Es war wirklich ein sogenanntes „großes Kabinett".

*

Ueber zwei Jahre regierte Poincaré mit dieser politisch widernatürlichen Koalition. Seit Jahrzehnten hatte kein Kabinett in Frankreich eine so lange Lebensdauer. Nur eine Parole rettete ihn: Rettung des Franken. Er hat ihn gerettet. Der Erfolg gab Poincaré recht. Er brauchte kein Ermächtigungsgesetz, keine Sondervollmachten. Er regierte mit der Peitsche der Vertrauensfrage. Jede oppositionelle Regung, die die Koalition gefährden konnte, unterdrückte er brutal, indem er mit Rücktritt drohte. Solange der Frank nicht stabilisiert war, wollte keiner die Verantwortung für Poincarés Sturz übernehmen. So wurde Poincaré Diktator. So wurde die Linke mehr und mehr ausgeschaltet, trotzdem sie sechs der wichtigsten Ministerposten unter 18 besetzte.

Rasch war der Frank tatsächlich stabilisiert. Doch Poincaré zögerte mit der rechtlichen Stabilisierung. Erst ließ er die Wahlen dieses Jahres vorübergehen. Die Wahlen ließen zwar den Gegensatz zwischen rechts und links wieder aufleben, doch alle treffen sich wieder unter der Flagge Poincarés. Nach den Wahlen stabilisierte er gesetzlich, gern allerdings nicht — denn damit hörte seine magische Macht auf —, nur unter dem Drucke der Wirtschaftsnotwendigkeit.

*

Er suchte weiter den Diktator zu spielen. Jede Störung des Burgfriedens — er lief unter der Firma „Nationale Union" — würde den Frank wieder gefährden, sagte Poincaré. Und man glaubte es ihm. Das Parlament hatte aufgehört, Selbstbewußtsein zu zeigen. Poincaré brauchte nur zu drohen, und gehorsam schwenkte die Mehrheit ein. Nur die Sozialisten und ein kleiner Flügel der bürgerlichen Linken opponierten. Dieser Flügel der bürgerlichen Linken wurde immer aktiver. Auf den Parteitagen der Radikalsozialisten fand er Anklang; Daladier, einer der Regsten dieses Flügels, wurde im Vorjahr zum Parteivorsitzenden gewählt. In der Fraktion aber behielt der poincarétreue Flügel die Oberhand. Doch auch er bröckelte ab, je mehr sich zeigte, daß die Linke trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke im Kabinett sich nicht genug durchsetzte. Man empfand es immer peinlicher, mit dem reaktionären Nationalisten Marin zusammen in der Regierung zu sitzen.

Es bedurfte nicht viel, um das Faß zum Ueberlaufen zu bringen. Eine kulturelle Streitfrage zweiten Ranges entzündete die Gemüter. Die Radikalsozialisten sind grundsätzlich antiklerikal. Die Zulassung einiger kirchlichen Orden, die im Budgetgesetz vorgeschlagen wurde, erregte diese bürgerliche Linkspartei sehr. Als Poincaré außerdem in der gewohnten schroffen Manier mit der Steuerkommission der Kammer umsprang, war das Maß voll. Auf dem radikalsozialistischen Parteitag in Angers drang der linke Flügel voll und ganz durch. Er stellte ein Programm auf, das zwar keineswegs hyperradikal war, aber den Zusammenhalt der Koalition unmöglich machte. Poincaré zog sofort die Konsequenzen. Die Regierung trat zurück.

Die ganze Meute der Reaktion, die Spießbürger, die vor Poincaré als dem Retter des Franken auf dem Bauche lagen, wurde auf die Radikalsozialisten losgelassen. Sie sollten eingeschüchtert und mürbe gemacht werden. Poincaré wurde wieder mit der Regierungsbildung betraut. Er wollte die zusammengebrochene Koalition mit andern Männern wiederherstellen. Er baute den Radikalsozialisten scheingoldene Brücken, er machte ihnen sachliche Konzessionen, aber nur nebensächlicher Natur, er wollte den Reaktionär Marin ausschiffen, aber ihn durch einen andern Vertreter der Rechten, allerdings einen gemäßigtern, ersetzen. Wäre sein Plan gelungen, die Radikalsozialisten wären erledigt gewesen, sie hätten sich tödlich blamiert. Doch wider Erwarten blieben die Radikalsozialisten fest, sie lehnten den Eintritt in eine Bürgerblockregierung ab. Jeder rechnete damit, daß Poincaré jetzt seinen Auftrag zurückgeben werde. Er wollte es auch. Doch er ließ sich überreden, zu bleiben, mit der Begründung, er sei der einzige, der die nötige Autorität besitze, die Reparationsfrage zu regeln.

So bildete Poincaré eine Regierung ohne die Radikalsozialisten. Um den Schein zu wahren, gab er fünf Ministerposten an die andre, kleinere Linksgruppe, die Republikanischen Sozialisten, zu der Briand und Painlevé gehören. Aber das ändert nichts daran, daß die neue Regierung mehr nach rechts neigt als die alte. Poincaré will ihr zwar nicht den Charakter einer Kampfregierung geben. Alle sachlichen Konzessionen, die er den Radikalsozialisten machte, werden aufrechterhalten, die kulturelle Streitfrage soll außerhalb der Etatsberatung in gesonderter Verhandlung erledigt werden. Poincaré hat sich offenbar in die Rolle des „Ueberparteilichen" hineingelebt, er will sie nicht aufgeben. Trotzdem kann die Entwicklung jederzeit aus der Regierung eine Kampfregierung machen.

*

Außenpolitisch ist diese Entwicklung sicher nicht erfreulich. Wenn auch Poincaré sich seit 1928 gewandelt hat, wenn er sich auch heute zur Verständigungspolitik bekennt, es ist der Ton, der die Musik macht. Poincarés Ton ist der des Advokaten, der auf dem Schein besteht. Großzügige Gesten liegen ihm nicht, dazu ist er viel zu nüchtern und unpathetisch. Briand bleibt zwar Außenminister, aber er ist nicht der Mann, sich neben Poincaré durchzusetzen. Die große Linie der Politik wird Briand halten, aber er wird nicht hindern, daß Poincarés Kälte alles Gefühlsmäßige in der Verständigungspolitik erstickt. Wir werden uns darauf einstellen müssen.

Der Gefühlsrausch von Locarno ist verflogen. Die Verständigungspolitik bleibt, aber auf nüchtern-geschäftlicher Basis. Konzession gegen Konzession. Do ut des. Das ist bedauerlich. Das deutsche Volk war und ist willens zu großzügiger Verständigungspolitik, die zur Freundschaft des Volkes führt. Nur sie kann all die seelischen Hemmungen beseitigen, die zwischen Deutschland und Frankreich sich auftürmen. Wir glauben nach wie vor, daß einmal dieser Weg gegangen werden muß. Heute geht es nicht. Poincaré ist nicht der rechte Partner für solche Politik.

Unser nächstes Ziel — Rheinlandräumung, Reparationsreglung — wird vielleicht auch mit Poincaré zu erreichen sein, aber nur auf geschäftlicher Basis. Wir müssen das feststellen, wir brauchen deshalb nicht zu resignieren. Im Gegenteil, vielleicht ist die nüchterne Verhandlungsmethode die bessere, ihre Vorteile hat sie sicher. Aber, wie gesagt, das Seelische muß zurücktreten. Es wird erst wieder zu seinem Rechte kommen, wenn die ausgesprochene Linke in Frankreich regiert. Bis dahin gilt es, die sachliche Vorarbeit zu leisten, und an andern Gegenden der Welt (Südosteuropa!) die Wege zur europäischen Gemeinschaftsarbeit zu ebnen.

Wenn auch nicht leuchtende große Erfolge winken, wenn jetzt die Kleinarbeit vorwiegt, so scheint uns auch dies eine Politik der Mühe aller Friedensfreunde wert.

Dr. G. Warburg.

Innenpolitik

Der Eisenkonflikt — Panzerkreuzer und Parlamentarismus — Die Winterarbeit des Reichstags

Nachdem das Duisburger Arbeitsgericht sich mit seinem Urteil im Eisenkonflikt auf den Arbeitgeberstandpunkt gestellt hat, sind wieder Vermittlungen eingeleitet worden, welche die öffentliche Diskussion der Angelegenheit vorläufig etwas zum Schweigen gebracht haben. Das bedeutet aber nicht, daß es im Ruhrrevier ruhig wäre, im Gegenteil, die Gemüter sind aufs höchste angespannt, und man würde fehlgehen, wenn man annähme, daß der jetzige Zustand längere Zeit aufrechterhalten bleiben könnte. Auch Konflikte politischer Art sind noch zu erwarten. Der Preußische Landtag ist Mitte der vorigen Woche wieder zu einer kurzen Sitzung zusammengekommen, um das Aussperrungsthema erneut zu behandeln und sich mit einer Reihe von Entschließungen an die Reichsregierung zu wenden.

*

Aber auch die erregte Aussprache über den Panzerkreuzer, die gerade in den letzten Tagen ungemein hohe Wellen schlug, hat die öffentlichen Erörterungen über die Lage im nordwestlichen Eisenindustriegebiet etwas zurückgedrängt. Nun ist inzwischen die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, den Panzerkreuzerbau einzustellen, vorgenommen worden, die Abstimmung entschied zuungunsten der Sozialdemokratie. Weil es sich nicht um eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Rüstung überhaupt handelte, eine Frage, die von der Sozialdemokratischen Partei schon im Erfurter Programm positiv entschieden worden ist, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch keine Veranlassung genommen, aus dem Mißerfolg ihres Antrags Konsequenzen zu ziehen. Es ist etwas Richtiges daran, wenn der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth im Reichstag erklärte, daß die politische Atmosphäre, insbesondere zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, nicht so vergiftet worden wäre, wenn nicht die Erörterung über die Panzerkreuzerfrage immer wieder das Gebiet des Grundsätzlichen gestreift hätte. Er kündigte an, daß die Zentrumspartei selbst auf ihrem kommenden Parteitag dem Wehrproblem nach seiner grundsätzlichen Seite hin eingehende Beachtung schenken werde. Trotzdem ist die Erregung verständlich. Denn dieser Panzerkreuzerbau hält sich in dem Schema einer Rüstungsweise, das in der Vorkriegszeit für geeignet gehalten wurde, aber sich während des Krieges bereits als verfehlt erwies Dieser Feststellung galt ja auch der demokratische Antrag, wonach ein neuer in allen Einzelheiten begründeter Marinerüstungsplan aufgestellt werden solle. Nur haben die Demokraten aus diesem ihrem Antrag meines Erachtens nicht die logische Konsequenz gezogen. Denn wenn sie schon einen völlig neuen Rüstungsplan für die Marine (natürlich im Rahmen des Versailler Vertrags!) für erforderlich halten, dann durften sie selbstverständlich nicht durch Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags das von ihnen bekämpfte und verfehlte Vorkriegsschema gleichsam sanktionieren. Wir möchten den demokratischen Antrag gern unterstützen, schon allein aus dem Grunde, damit einmal eine eingehende sachliche Diskussion darüber stattfindet, was wir überhaupt mit den Konzessionen des Versailler Vertrags auf dem militärpolitischen Gebiet anfangen sollen. Eine solche Diskussion ist bisher überhaupt noch nicht eingeleitet worden, gleichsam als handelte es sich hier um Dinge, die an sich geheimer Natur wären oder geheim bleiben könnten. Unser militärisches Denken verläuft noch viel zu sehr im alten Gleis und weder unsre Manöver noch die sonstigen Verlautbarungen unsrer Militärsachverständigen, soweit sie unmittelbar mit der Reichswehr in Verbindung stehen, lassen erkennen, daß man der veränderten Lage Deutschlands im politischen Gesamtgetrieb Europas und der Welt überhaupt militärpolitisch gerecht zu werden versucht.

*

Es ist aber noch einiges zu der parlamentarischen Behandlung der ganzen Angelegenheit zu sagen, zumal sich Zentrum und Sozialdemokratie gegenseitig den Vorwurf machen, daß sie die Interessen der Demokratie bei ihrer Stellungnahme nicht genügend gewahrt hätten. Offenbar ist es ein Fehler gewesen, daß vor den Wahlen am 20. Mai die Angelegenheit nicht gleich gänzlich bereinigt worden ist. Weder ist ein letztes Urteil in der Panzerkreuzerfrage gefällt worden, denn der Reichsrat hat die Entscheidung vertagt, noch hat man gleich grundsätzlich die verlangten 80 Millionen bewilligt oder abgelehnt, und so dafür Sorge getragen, daß die Panzerkreuzerfrage nicht in Kabinetten von andrer Zusammensetzung oder geteilter Meinung der Koalitionsparteien zum ewigen Zankapfel würde. Unsre Demokratie muß mit Regierungskoalitonen arbeiten, die gegenwärtig noch recht oft wechseln, und da erfordert es allerdings die parlamentarische Klugheit und das Interesse der Demokratie, möglichst immer endgültige Entscheidungen zu treffen.

Nun sind die Reichstagswahlen zum Teil unter der Devise: Für oder wider den Panzerkreuzer! geführt worden. Unzweifelhaft ist die Gegnerschaft gegen den Panzerkreuzer in der Wählerschaft größer als für den Bau. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Föhr hat das einmal sehr vorlaut gesagt, wurde allerdings dann von der Zentrumsfraktion, die er mit solcher Bemerkung bloßstellte und auch in ihrer taktischen Beweglichkeit hemmte, zurechtgewiesen. Trotzdem hat er recht. Wenn es die Zentrumsfraktion nicht glauben will, so liegt das an ihrer Zusammensetzung, die nicht nach politischen Gründen vorgenommen ist, sondern nach dem Gesichtspunkt der gleichmäßigen Vertretung der einzelnen Berufsstände, was bekanntlich eine Folge des Listenwahlverfahrens und der großen Wahlkreise ist. Nun hat der Reichspräsident in Würdigung des Wahlausfalles den Führer der Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller, mit der Bildung und Leitung des Kabinetts betraut, und dieser hat dabei Erfolg gehabt. Die politische

Führung war damit offiziell in die Hände einer Partei gelegt, die bei den letzten Wahlen die stärkste Partei des Reichstags geworden war. Die natürliche politische Konsequenz wäre gewesen, daß die Frage des Panzerkreuzerbaues, die ja der neuen Regierung zur endgültigen Entscheidung überlassen worden war, negativ beantwortet worden wäre. Wenn sich der Reichswehrminister Dr. Groener dem nicht fügen wollte, so hätte er gehen müssen. Es fehlt nicht an Leuten, die sich zu seinem Amte drängen und durchaus gewillt sind, sich den demokratischen Erfordernissen anzupassen. Nun haben die sozialdemokratischen Minister in Verkennung ihrer Aufgabe um des Friedens willen eine Konzession an den Willen des vorausgegangenen Reichstags gemacht. Sie haben geglaubt, damit die Frage aus der Welt zu schaffen und schließlich auch zu Gegenforderungen auf andern Gebieten berechtigt zu sein. In dieser Auffassung haben sie sich getäuscht. Sie wurden unmittelbar darauf von ihrer Partei sozusagen zur Ordnung gerufen, zu einer Ordnung allerdings auch, die ganz im Sinne des Wählerwillens vom 20. Mai gelegen war. Die sozialistischen Minister haben ihren Fehlschritt zwar noch nicht in der Form zugegeben, wohl aber in der Sache, die einheitliche Meinung der führenden Sozialdemokratischen Partei ist wiederhergestellt worden. Es lag nun nahe, wie es auch geschehen ist, die Angelegenheit dem neuen Reichstag nochmals zu einer endgültigen Entscheidung vorzulegen, einer Entscheidung, der sich dann auch der Reichswehrminister hätte fügen müssen und ohne Prestigeverlust auch hätte fügen können. Die Dinge kamen aber anders.

*

Die übrigen Koalitionsparteien stellten sich nicht auf die durch die Wahlen herbeigeführte veränderte politische Situation ein, das heißt sie unterstellten sich nicht der von dem Reichspräsidenten gewollten sozialdemokratischen Führung, sondern nahmen die Abirrung der sozialdemokratischen Minister zum Kern der Sache und verlangten, daß diese Abirrung zum Bekenntnis der Koalition gemacht würde. Sie fügten hinzu, daß eine Koalitionsregierung geschlossen auftreten müsse, weil sonst die Demokratie selbst Schaden leiden würde. Vielleicht wären die Dinge anders gelaufen, wenn die sozialdemokratischen Minister offen zugegeben hätten, daß sie den Auftrag des Volkes in einer schwachen Stunde nicht genügend vertreten hätten. Da sie das aber nicht taten, entstand ein Knäuel von Wirrnissen, in dem sowohl die Sozialdemokratie wie auch das Zentrum sich als die eigentlichen Hüter des demokratischen Prinzips aufführten. Viel politische Leidenschaftlichkeit und ein Unmaß von persönlicher Erregung und gegenseitiger Mißstimmung herrscht nun wieder unter den Koalitionsparteien. Die alte Wunde, die im Juli bei den Regierungsverhandlungen entstanden war und sich im Laufe der Sommerferien nur mühsam schließen wollte, ist jetzt wieder mit Gewalt aufgerissen worden, und es ist im Augenblick noch nicht recht abzusehen, wie eine einheitliche Koalitionspolitik für die nächsten Monate möglich gemacht werden kann. An die Geschlossenheit der Koalitionsparteien werden ja in der nächsten Zeit noch sehr harte Anforderungen gestellt werden.

*

Die Winterarbeit, die für das Parlament mit so gefährlichem Auftakt begonnen hat, ist noch voll weittragender Probleme. Wir heben von ihnen nur folgende hervor: Die beiden Ausschüsse zur Durchführung der Reichsreform haben inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird sich ziemlich abgeschlossen von der Oeffentlichkeit vollziehen. Um so größere Aufmerksamkeit werden die Etatsberatungen finden, und die Schwierigkeiten, mit denen die Ausbalancierung des Haushaltungsplans für 1929 diesmal verbunden gewesen sind. Mit dem Notprogramm der letzten Regierung des alten Reichstags sind die letzten Ueberschußreserven aufgebraucht worden, über die die Reichskasse seit der scharfen Steuerpolitik Dr. Luthers und Dr. Schliebens verfügte. Mit Teilen dieses Ueberschusses hatte man die letzten Reichsetats ausbalanciert, der Rest von 125 Millionen wird in diesem Jahre aufgebraucht werden. Dieser Zuschuß aus dem Ueberschußfonds ist für das nächste Etatsjahr nicht mehr vorhanden, außerdem fehlen die 175 Millionen Mark, die im letzten Etat durch die Ausprägung von Münzen eingesetzt werden konnten. Das sind insgesamt 300 Millionen Mark, die auf der Einnahmenseite ersetzt werden müssen. Wenn in kurzer Frist keine neue Reglung unsrer Reparationsverpflichtungen erfolgt, werden wir im nächsten Haushaltjahr auch rund 800 Millionen Reichsmark mehr an die Entente zu zahlen haben als im laufenden Etatsjahr fällig gewesen sind. Das Defizit beträgt einschließlich dieser Summe also bereits 600 Millionen Mark. Nun ist aber noch zu berücksichtigen, daß wir gegenwärtig eine äußerst günstige Getreideernte verzeichnen können, die, so wertvoll sie an sich sein mag, doch die Nebenwirkung hat, daß sich die Zolleinnahmen aus der Getreideeinfuhr verringern. Die Wirtschaftskonjunktur ist im allgemeinen günstig geblieben. Die pessimistischen Prophezeiungen dieses Frühjahrs haben sich bisher nur ansatzweise bestätigt. Immerhin wird der Reichsfinanzminister sich darauf einzustellen haben, daß er ein Defizit von rund 700 Millionen im nächsten Etatsjahr decken muß.

Wie das zu geschehen hat, darüber dürften auch in der Regierungskoalition selbst demnächst noch manche Auseinandersetzungen stattfinden. In der Hauptsache dürften sie sich um die Ausgaben sozialen Charakters drehen, die nicht durch ein besonderes Gesetz festgelegt und daher zwangsläufig sind. Warnend schreibt bereits der „Vorwärts“: „Eine Regierung, an der die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, muß alles daransetzen, um dem neuen Etat ein soziales Gesicht zu geben. Der Ausgang der Wahlen und die veränderte Zusammensetzung der Regierung verlangen ihren sichtbaren Ausdruck in der Ausgabenwirtschaft des Reiches auf sozialpolitischem Gebiet.“ Der Reichsfinanzminister selbst hat, wie mitgeteilt wird, bereits zahlreiche Streichungen vorgenommen, um so sparsam wie möglich zu erscheinen. Er will es unter allen Umständen vermeiden, dem Reichstag einen Defizitetat vorzulegen. Die Streichungen, die er bisher vorgenommen hat, sollen rund 100 Millionen Mark betragen. Was nun die Erzielung von Mehreinnahmen anbetrifft, so ist auch darüber bereits eine lebhafte Aussprache in der Tagespresse im Gange. Der Reichsfinanzminister selbst erhofft von der Reichspost eine Mehreinnahme von 50 Millionen Mark. Ferner sollen die Länder künftig nicht mehr an dem jährlich steigenden Mehraufkommen der Ueberweisungssteuern automatisch teilnehmen, sondern auf ihre heutigen Ueberweisungen beschränkt bleiben. Da man mit einem Zuwachs der Einnahmen aus den direkten Steuern in Höhe von 150 Milliarden Mark rechnet, würde, wenn der Reichstag der Auffassung Hilferdings beipflichtet, diese Summe der Reichskasse zugute kommen. Aus einer Umgestaltung des Branntweinmonopols wird eine Mehreinnahme von rund 60 Millionen Mark erwartet, ein entsprechender Gesetzentwurf wird dem Reichsrat in diesen Tagen zugehen. Die Bierabgabe soll ebenfalls erhöht werden, wobei ein Mehrerträgnis von 150 Millionen Mark herauskommen soll. Außerdem denkt der Minister an eine Reform der Erbschaftssteuer, die allerdings nicht unabhängig von der Vermögenssteuer vorgenommen werden kann. Wie man sieht, tief eingreifende Fragen, die vielleicht zu einer gesamten Neureglung (Reichssteuerrahmengesetz!) anreizen werden.

Fritz Lensen.

Das Stahlhelm-Volksbegehren

Der Stahlhelm beging in Magdeburg seine 10. Gründungsfeier. Bei einem Festmahl sprach Franz Seldte diese gewichtigen Worte:

„Wir nehmen an diesem 18. November den Helm nicht ab, sondern wir sagen: bindet den Helm fester! Die Frage lautet nicht mehr, ob man daran denkt, daß wir kommen, wenn wir gerufen werden, sondern die andern haben sich damit abzufinden, daß wir kommen, wann wir wollen — nicht weil man uns braucht, sondern weil es ohne uns überhaupt nicht geht.“

Und der Stahlhelm will jetzt. Bei der für die Mitglieder des Stahlhelms veranstalteten Feier gab Seldte die Ziele des angekündigten Volksbegehrens bekannt:

1. Der Artikel 54 der Reichsverfassung, der lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht“, wird aufgehoben.

2. Der Artikel 37 der Reichsverfassung betreffend Immunität der Abgeordneten erhält als Absatz 4 folgenden Zusatz: „Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn es sich um Landesverrat oder um andre Straftaten handelt, die nach dem bestehenden Recht als Verbrechen mit Strafen bedroht sind oder bei denen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig ist.“

Man hofft, diesem ersten Begehren, dessen Inhalt mit den großen Worten der Stahlhelmführer in seltsamem Widerspruch steht, später noch weitere Volksbegehren auf Einführung einer zweiten Kammer usw. folgen lassen zu können.

Aber der Stahlhelm mag sich beruhigen: Es wird dafür gesorgt werden, daß er schon beim ersten Anlauf Schiffbruch erleidet. —

Immer noch die Jungdeutsche Entgleisung

Der „Jungdeutsche“ kommt immer wieder auf seine sachlich zwecklose und wenig vornehme Behauptung zurück, das Reichsbanner sei zu dem von der Fidac veranstalteten Luxemburger Frontkämpferkongreß (1928) nur deshalb nicht gegangen, weil es — „seine Kasse ihm nicht erlaubt habe“. 1928 war der große Wahlkampf, 1928 war Kongreß der Ciamac in Berlin — nun auch noch einen Kongreß der Fidac zu beschicken, wäre selbstverständlich auch eine ungehörige Zersplitterung der Kraft gewesen.

Wenn dieser Gesichtspunkt betont worden ist, dann nicht zuletzt auch zu dem Zweck, andre trennende Gesichtspunkte unerwähnt zu lassen. Dies um so mehr, als bei der Eigenart der französischen Kriegsteilnehmerorganisation manche Fäden von der Fidac zur Ciamac und umgekehrt gehen und einzelne Unterorganisationen bzw. Führer beiden Lagern angehören. Grundsätzliche Bemerkungen haben wir daher erst gebracht, als das ohne jede sachliche Mitarbeit des Reichsbanners entworfene Programm für Luxemburg öffentlich feststand. Wenn der „Jungdeutsche“ philologisch-kritisch auf Absagebriefen, die die Oeffentlichkeit nichts angehen, weiter herumreiten will — nun gut!

Unsre „Feststellung“ aus dem „Matin“ hat der „Jungdeutsche“, obgleich sie von zeitgeschichtlichem Interesse ist, nicht gebracht. Die vom „Jungdeutschen“ erwähnte Autorität des (an den Dardanellen im Weltkrieg sehr unglücklich gewesenen) Generals Ian Hamilton ist in seinem eignen Land außerhalb des engen Kreises der radikalen Kriegsdienstverweigerer leider denkbar gering. Das Wesentliche aber ist uns, daß der „Jungdeutsche“ so viel Selbstüberwindung immer noch nicht aufgebracht hat, um den bewußt beleidigenden Ausdruck „Erlogen“ zurückzunehmen.

Kameraden, kauft unsre
Reichsbanner-Schallplatten

Reichsbanner-Beobachter

Nationalsozialistische Messerhelden.

In Nürnberg wurden in der Vorstadt St. Johannis die Kameraden Kolb, Glöckel und Kieser von Nationalsozialisten, zwei Brüdern Stegmann, angegriffen und durch Messerstiche so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus übergeführt werden mußten. Der eine der Brüder Stegmann wurde inzwischen verhaftet.

Zu diesem Zusammenstoß wird uns aus Kameradenkreisen ein Vorfall mitgeteilt, der darauf schließen läßt, daß sich die Brüder Stegmann schon seit längerer Zeit mit dem Gedanken getragen haben, bei Gelegenheit Reichsbannermitgliedern etwas auszuwischen. Bei den Wahlen im Frühjahr dieses Jahres war die Reichsbanner-Abteilung Johannis — die Vorstadt Johannis ist auch der Wohnort der Brüder Stegmann — zum Saalschutz für eine demokratische Versammlung im „Künstlerhaus“ bestellt. Nach Schluß der Versammlung wurde vor dem Lokal Hans Stegmann mit mehreren Gesinnungsfreunden von Reichsbannerkameraden erkannt. Stegmann und seine Komplicen versuchten, die Kameraden durch Beleidigungen herauszufordern. Ein Führer des Reichsbanners stellte sie deshalb zur Rede. Währenddessen hatte ein Kamerad, der Stegmann seit Jahren als Messerhelden kannte, den nächsten Schutzmann herbeigeholt. Als dieser auf die Gruppe zuging, rückten die Hakenkreuzler mit der Bemerkung ab: „Do könna ma niz machn, genga ma.“ —

*

Jungnordmarkwehr.

Wie wir dem „Jungdeutschen“ entnehmen, hat sich unter dem Namen „Jungnordmarkwehr“ in Schleswig-Holstein eine neue Organisation gebildet. An der Spitze steht die provinzielle Landesführerschaft. Ihr unterstellt sind die Bezirks- und Ortswehrführer. In einem Rundschreiben der provinziellen Führerschaft vom 18. Oktober heißt es:

Die Wehrführer müssen nach Möglichkeit gediente Soldaten sein, wenn das nicht der Fall ist, einen solchen als Bezirksbeirat wählen.

Der erste Geheimrundbefehl hat folgenden Wortlaut:

Jeder Bezirksführer wird aufgefordert, sich möglichst sofort in seinem Bezirk nach einem geeigneten Schießplatz und einem Mann umzusehen, der die Schießausbildung der Wehren übernehmen kann.

Genaue Anweisung über Beschaffung von Gewehren und Munition erfolgen später.

Die Prov.-Führerschaft der J. N. W.

Was und wer hinter dieser Organisation steht, läßt sich bis heute noch nicht erkennen, da kein Rundschreiben mit einem Namen unterzeichnet ist und die Führer vollkommen im Dunkeln bleiben. Es heißt nur, daß der berüchtigte Dr. Stadler, der neuerdings auch in die Stahlhelmleitung als Vertrauensmann Hugenbergs eingetreten ist, die Finger im Spiele haben soll. Die Staatsbehörden werden sich einmal genauer danach umsehen müssen, was es eigentlich mit der Jungnordmarkwehr auf sich hat.

*

Hitlers Redakteure.

Der „Illustrierte Beobachter“ der Nationalsozialisten macht in einer besonderen Nummer die „Judenrevolution“ herunter. In dieser Nummer finden wir unter dem Bilde des seinerzeit in München auf viehische Weise umgebrachten Gustav Landauers, der ein edler Mensch, aber ein unmöglicher „Politiker“ war, folgende Unterschrift:

„Bei der Befreiung Münchens vom roten Terror bekam er Gelegenheit, sich zu seinen hebräischen Ahnen zu versammeln.“

Wie seelisch verroht muß ein „Mensch“ sein, um selbst über einen noch so sehr gehaßten toten Gegner diese Zeilen schreiben zu können! —

Konservative Verteidigung der Korruption.

In der jungkonservativen Zeitschrift „Gewissen“ (Nr. 45 vom 8. November 1928) polemisiert ein sich hinter drei Sternen versteckender Rechtspolitiker wider die „sozialistischen“ Anwandlungen der jüngern Nationalisten. Dabei entschlüpft ihm folgende interessante Bemerkung:

Heute wird sie (die Wirtschaft) zur Korruption gezwungen durch die Macht der Masse, und zwar der besitzlosen Masse, die durch das proportionale Wahlrecht ein System des unbeschränkten Parlamentarismus die Parteien von sich abhängig gemacht hat und sie durch die Gewerkschaften beherrscht. Die Korruption, die von den Besitzenden ausgeübt wird, ist heute ihr Selbstschutz gegen die dem Besitz gegenüber verantwortungslose Masse, ein Selbstschutz, zu dem der Besitz immer und jederzeit unter der Herrschaft der Ochlokratie greifen wird.

Diese Verteidigung der Korruption wollen wir uns gut merken. —

*

Wie man zur Republik erziehen könnte.

Auf eine anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des 9. November 1918 von der „Literarischen Welt“ veranstalteten Rundfrage: „Was würden Sie tun, wenn Sie die Macht hätten?“, antwortet der bekannte Schriftsteller Emil Ludwig mit folgender Satire:

Einjährige Diktatur zur Erziehung einer republikanischen Wählerschaft.

Verordnungen: Jeder und jede Deutsche sind verpflichtet, die alte Reichsflagge zu hissen.

Jeder und jede Deutsche haben die Straßen nur in Uniform zu betreten.

Jeder und jede Deutsche haben den Adelstitel anzunehmen; der neuen Ausgabe des Gotha wird das Reichsadreßbuch zugrunde gelegt.

Täglich: Einzüge, Enthüllungen, Hochzeiten, Kindtaufen und Beerdigungen in fürstlichen Kreisen.

Täglich abends 6 Uhr: Kanonenschuß zur Einziehung der Flaggen. Helm ab zum Gebet. Juden und andre Geistige dürfen nicht strammstehen; Professoren dürfen.

Theater und Bücher haben abwechselnd die alte und gute und die große Zeit zu illustrieren; ausgenommen sind nur Bücher über die Gesundheit, die als Technische Nothilfe gelten.

Die Grenzen des Reiches bleiben geschlossen. Wodanstempel, Bierhäuser und Kinderzeugung obligatorisch.

Nach einem Jahre: Neuwahl. —

*

Die Korruption der Wittelsbacher.

Im „Bayrischen Kurier“ veröffentlicht der frühere Chefredakteur der „Bayrischen Staatszeitung“ und jetzige Archivar der amtlichen bayrischen Pressestelle, Frick, sensationelle Enthüllungen aus der Zeit König Ludwigs des Zweiten. Die bereits seit 8 Jahren umlaufenden Gerüchte, wonach König Ludwig der Zweite von Bismarck aus dem Welfenfonds, also aus dem beschlagnahmten Vermögen des entthronten Königs von Hannover, 20 Jahre lang streng geheime Zahlungen von jährlich 800000 Mark bezogen hat, werden nunmehr authentisch bestätigt. Bismarck hat dem stets geldbedürftigen Bayernkönig diese Pensionen offenbar gezahlt, um ihn seinen politischen Plänen, vor allem in der Kaiserfrage, gefügig zu machen. Frick verdankt seine Kenntnis dieser Vorgänge dem frühern Zentrumsführer Konrad v. Preysing. Ueber die Form, in der Preysing sie ihm mitteilte, macht er folgende Angaben:

„In der Nacht auf Heilige drei Könige 1892 unterrichtete Graf Preysing den Schreiber dieser Zeilen über die nach Bayern an die höchste Staatsspitze gewohnheitsmäßig gesandten Bezüge aus dem Welfenfonds. Seine Mitteilungen bezweckten, mich zu informieren, um mir die Behandlung in der Presse zurechtzulegen, weil damals die Gefahr nahegerückt war, daß diese preußisch-bayrische Welfenfondsaffäre in die Oeffentlichkeit gelangen würde. Die Unterredung dauerte von abends 8 bis früh 4 Uhr. Tief erschüttert verließ ich das Palais des Grafen, in dem ich einen treuen Paladin des Königshauses und felsenfesten Royalisten in einer furchtbaren Gemütsstimmung beobachtet hatte. Graf Preysing sprach länger über die bayrisch-politischen Persönlichkeiten jener Zeit und blieb den ganzen Abend über bei der Zeit des Königs Ludwig II. haften, bis er dann das Geheimnis lüftete. Eine derartige Explosion der Verstandes- und Seelenkräfte eines Mannes habe ich in meinem ganzen Leben nicht erlebt. Er klagte, rang die Hände, weinte über das schwere Verhängnis, das Bayern betroffen habe, und das unter Schluchzen ausgesprochene Endwort war immer wieder: „Es ist mein König, es ist mein Königshaus!“

Besonders scharf verurteilte Preysing, nach den Angaben Fricks, daß die Zahlungen an den König alsbald nach dem letzten Kanonenschuß des Krieges von 1866 begonnen hatten. Obwohl Bayern und Hannover als Verbündete in diesen Krieg gezogen seien, habe der Bayernkönig doch gleich darauf die unrechtmäßigen Zuwendungen aus dem Vermögen des Verbündeten angenommen. Die Zahlungen Bismarcks gingen über den Oberstallmeister Grafen Holstein, der jedesmal 10 Prozent Provision, das heißt 80 000 Mark jährlich, für sich behalten durfte. Auch der frühere Reichskanzler Graf Hertling war über diese Dinge informiert. Er hat einmal zu Frick geäußert: „Reden wir nicht weiter darüber: man sollte die Summe zurückzahlen!“

Die Enthüllungen Fricks sind der denkbar schärfste Schlag für die monarchistische Legende in Bayern, die sich ja besonders gern der Person Ludwigs des Zweiten bedient. Besonders bemerkenswert ist, daß die Veröffentlichungen Fricks gerade im Hauptorgan der Bayrischen Volkspartei erscheinen, die bisher, wenigstens theoretisch, eine monarchistische Partei war. —

Haben Sie Sinn für Gerechtigkeit?

Dann müssen Sie dieses neue Buch lesen. Ein dokumentarischer Tatsachenbericht des Magdeburger Schröderprozesses von

Rechtsanwalt Dr. Heinz Braun:

Am Justizmord vorbei – Der Fall Kölling-Haas

Dargestellt nach Gerichtsakten und Zeitdokumenten mit einem Vorwort von Reichsjustizminister a. D. Prof. Dr. Radbruch (Heidelberg). Mit 18 Bildern, farbigem Schutzumschlag, 272 Seiten, kart. Mk. 3.—

Verlagsbuchhandlung W. Pfannkuch & Co., Magdeburg

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Zeitungsboykott in Argentinien

Unerhörtes Verhalten deutscher Großunternehmer.

Es wird den Kameraden noch in Erinnerung sein, daß wir vor 3¼ Jahren etwa auf den Inseraten-Boykott hinwiesen, den gewisse deutsche Firmen gegen das „Argentinische Tageblatt" und dessen Sonder-Ausgabe wegen deren republikanischen Haltung durchzuführen versuchten. Diese Meldung hatte seinerzeit großes Aufsehen erregt. Wie es heute mit dieser Angelegenheit beschaffen ist, darüber kann folgender uns aus Buenos Aires zugegangener Bericht Aufschluß geben:

„Um die Fabel von der geschlossenen antirepublikanischen Einstellung des Auslandsdeutschtums, die allein schon das Erscheinen des „Argentinischen Wochenblatts" und des „Argentinischen Tageblatts" Lügen strafte, als unwiderlegliche Tatsache nachzuweisen, mußten diese Zeitungen verschwinden. Mit der Durchführung der Aktion wurde der beschäftigungslose ehemalige kaiserliche Marine-Attaché Korvettenkapitän August Moller beauftragt, der unter freundlicher Mitwirkung des Syndikus der Deutschen Handelskammer, Ramm-Doman, in den heißen Februartagen des Jahres 1924 sich die Mühe nicht verdrießen ließ, alle wichtigen deutschen Firmen aufzusuchen, soweit sie Inserenten unsrer Zeitungen waren, um sie zur Zurückziehung ihrer Anzeigen zu veranlassen.

Der Plan gelang über Erwarten gut, nur der Enderfolg blieb aus. Die Anzeigen der deutschen Schiffahrts-Gesellschaften, Banken, Versicherungs-Gesellschaften, deutschen Industrievertretungen usw. verschwanden wie durch Zauberschlag aus unsern Zeitungen und sind in den 4 Jahren, die seither verflossen sind, nicht zurückgekehrt.

Selbstverständlich machte sich der Ausfall dieser Anzeigen in dem Etat unsrer Zeitungen sehr stark fühlbar. Hätten wir uns mit der Tatsache als solcher abgefunden, so existierte das „Argentinische Wochenblatt" wohl heute nicht mehr, und die 50-Jahr-Feier wäre ein schöner Traum geblieben. Wiederum verrechneten sich die deutschnationalen Akteure, und zwar diesmal in der Stimmung des überwiegenden Teiles der Deutschsprechenden am La Plata.

Selbst in Kreisen, die mit unsrer entschiedenen republikanischen und pazifistischen Tendenz nicht einig gingen, war die Empörung über das Moller-Komplott allgemein. Hunderte von neuen Abonnenten konnten in wenigen Wochen als Gewinn dieser spontanen Gegenaktion dieses Deutschtums verzeichnet werden.

An dem Anzeigen-Boykott nahmen teil z. B. von den Banken die Deutsch-Ueberseeische Bank, Berlin, und die Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin, von den Schiffahrts-Gesellschaften der Norddeutsche Lloyd, die Hamburg-Amerika-Linie und die Hamburg-Südamerika-Linie, von der deutschen Industrie die Niederlassungen von Mannesmann, Roekerstal, Siemens-Schuckert, Thyssen, Klöckner usw., und schließlich noch die Deutsch-Argentinische Versicherungs-Gesellschaft. Es ist der Zeitung schon oftmals nahegelegt worden, einen Kurswechsel vorzunehmen und nicht mehr Schwarzrotgold zu flaggen, wie sie es an allen Nationalfeiertagen tut, um zu einem Ausgleich mit entsprechendem materiellen Vorteil zu gelangen. Der Verlag hat das auf das allerschärfste abgelehnt.

Bei diesen ungleichen Kämpfen stützte sich der Verlag auf die Erwartung, daß kurz oder lang der Einfluß der Republikaner im Reiche selbst doch durchdringen und diese reaktionären Firmen zu einer Haltungsänderung zwingen wird. Selbstverständlich kann dieser Zeitpunkt durch das Eingreifen republikanischer Stellen sowie des Reichsbanners beschleunigt werden. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Tatsache, daß unter den Auslandsdeutschen auf amerikanischem Boden keine einzige Zeitung existiert, die den Kampf für den republikanischen Gedanken auch nur annähernd mit solchem Nachdruck und Erfolg führt wie die zwei Zeitungen dieses Verlages."

Unsre Kameraden im Ausland, die sich unter dem Zusammenhalt mit dem Auslandsdeutschtum sicher etwas andres vorgestellt haben, als es nun hier in Erscheinung tritt, werden beim Vorgehen der oben genannten deutschen Gesellschaften sicherlich ein etwas bitteres Gefühl gehabt haben. Nicht etwa in der Richtung, als ob sie einer erzwungenen Gesinnungsheuchelei zu erliegen befürchteten, sondern weil sie die Begriffe Dankbarkeit und nationale Würde bisher anders aufgefaßt haben. Durch wessen Hilfe ist es den großen Reedereien überhaupt erst möglich gewesen, ihre durch den Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes verlorengegangene Flotte wieder aufzubauen? Durch die Milliarden einer schwarzrotgoldenen Republik. Staatliche Subventionen haben eine neue Handelsmarine von 4 Millionen Tonnen aufgebaut, staatliche Subventionen, die aus Steuern und Zöllen, das heißt aus Massenbelastungen nur verfügbar geworden sind. Dank hierfür ist die versuchte Vernichtung von Bekennern dieses Staates! —

Seeleute, Achtung!

Reichsbannerkameraden, die als Seeleute Buenos Aires besuchen, werden von dem dortigen Ortsverein des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold darauf aufmerksam gemacht, daß sie zu jeder Tages- und Nachtzeit im Gebäude der „Argentinischen Tageblattes", Calle Tucuman 307, Reichsbannerkameraden antreffen können. Wer sich mit neuen Zeitungen oder sonstigem Lesematerial zu versehen oder im Kreise Gleichgesinnter einige frohe Stunden zu verleben wünscht, möge dort vorsprechen. —

Bücher und Zeitschriften

Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918—1928. Herausgegeben im Otto-Stollberg-Verlag, G. m. b. H., Berlin SW 68. 568 Seiten. In Halbleinen gebunden 20 Mark.

Auf fast 600 Seiten, in 40 Abhandlungen, jede geschrieben von einer bekannten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, wird der Versuch gemacht, das inhaltsreiche letzte Jahrzehnt deutscher Geschichte darzustellen. Das Werk ist amtlicherseits unterstützt worden. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister haben ihm z. B. ausführliche Geleitworte auf den Weg gegeben, in welchen sie die Entwicklung, die Deutschland von 1918 bis 1928 genommen hat, würdigen. Im Anschluß daran wertet Hermann Oncken, der berühmte Historiker der Berliner Universität, diese Zeitspanne vom historischen Gesichtspunkt aus und kommt zu dem Schlusse, „daß unser Weg allen Rückschlägen und Enttäuschungen zum Trotz in die Höhe geht, wirtschaftlich und politisch".

Die andern Themen lauten: Die Abwehr des Bolschewismus. Die Entstehung der Reichsverfassung. Deutschlands innerpolitische Gestaltung. Das Reich und die Länder. Der Aufbau der Wehrmacht. Die auswärtige Politik seit dem Vertrag von Versailles. Die besetzten Gebiete. Die Rechtsentwicklung im neuen Deutschland. Die Entwicklung der Selbstverwaltung. Die Rettung der Währung. Die Finanzpolitik seit 1918. Die Wirtschaftspolitik. Die deutsche Landwirtschaft. Der Wiederaufbau des Eisenbahnwesens. Das Postwesen seit 1919. Wiederaufbau der Schiffahrt. Der Aufbau der Luftfahrt. Die Sozialpolitik seit 1918. Die Wirtschaftsverbände der Unternehmer. Die Arbeitnehmer in Deutschland. Das Wohnungs- und Siedlungswesen. Die Volksgesundheit. Staat und Wissenschaft. Die Entwicklung der Wissenschaften (Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin, Rechtswissenschaft, Technik). Die Kirche in den letzten zehn Jahren (die evangelische Kirche, die katholische Kirche, die jüdische Gemeinde). Das Unterrichtswesen. Die Dichtung. Musik. Das Theater. Die Kunst der Gegenwart. Architektur und Städtebau. Schrifttum und Presse. Die deutsche Jugend. Die deutsche Frau. Sport und Spiel. Der Deutsche im Ausland.

Von den Mitarbeitern seien u. a. genannt außer Reichskanzler Müller und Reichsaußenminister Stresemann die frühern Minister Külz, Noske, Schiffer, Graf von Roedern, Luther, Geßler, die Staatssekretäre Dr. Meißner, Dr. Pünder, Prof. Dr. Popitz, Sautter, Scheidt, Dr. Schmidt, die Universitätsprofessoren Oncken, Schreiber, Rothacker, Ostwald, Hedemann, Blum, Walzel, Schünemann, August Müller, Dovifat, ferner Kraemer vom Reichsverband der deutschen Industrie, Generaldirektor Dorpmüller, Direktor Wronski, Dr. Oskar Mulert, Oekonomierat Friedrich Keiser, Dr. Fritz Demuth, Theodor Leipart vom A. D. G. B., Dr. Krohne, Dr. Eloesser, Dr.-Ing. Jobst Siedler, Dr. Emil Waldmann, Walter v. Molo, Frau Katharina v. Kardorff-Oheimb, Ministerialrat Dr. Mallwitz, Oberregierungsrat E. Große. —

Jugend und Welt. Herausgegeben von Rudolf Arnheim und E. L. Schiffer. — Verlag Williams & Co., G. m. b. H., Berlin-Grunewald. 316 Seiten. Preis des Ganzleinenbandes 6,50 Mark.

Dem ersten Bande von „Jugend und Welt", der im Frühjahr dieses Jahres erschienen ist, haben wir freundlich-empfehlende Worte gewidmet. Auch der zweite Band verdient höchstes Lob. Hoffentlich bekommen ihn viele, viele Jungen in die Hände; denn er ist ein erstklassiges Jungenbuch: bunt, lebendig, gediegen, fesselnd, modern. Er ist nicht steif-erzieherisch, aber auch nicht kindisch-läppisch wie sonst oft solche Jugendbücher sind. Der Inhalt ist recht vielseitig. Außer Erzählungen, Gedichten, Reisen, Abenteuern, Ulkgeschichten, Rätseln, einer Preisaufgabe, Sportlichem und Technischem bringt das Buch auch sehr frisch geschriebene Beiträge geschichtlichen, literarischen, erdkundlichen und volkswirtschaftlichen Inhalts. Daß es buchtechnisch außergewöhnlich gut aufgemacht und mit vielen bunten Bildern, Scherenschnitten, Zeichnungen und Photographien versehen ist, versteht sich bei einem Verlag von selbst, der den Ehrgeiz hat, das Jugendbuch unsrer Zeit zu verlegen (und es tatsächlich auch verlegt!). —

Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1929. Herausgegeben von der „Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 2.— Mark.

Der Abreißkalender bietet außer den üblichen Angaben, wie Mondphasen, Sonnenauf- und -niedergängen, historischen Gedenktagen (vornehmlich aus der sozialistischen Arbeiterbewegung, auf jeder Seite ein Bild, auf der gut ausgenutzten Rückseite Gedichte, Zitate, Epigramme, Sentenzen, Statistiken aus allen Gebieten, Berichte über gewerkschaftliche und politische Organisationen usw. Der Kalender ist in Kupfertiefdruck hergestellt. —

Kinderland. Das Jahrbuch für Arbeiterkinder 1929. Verlag „Vorwärts"-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68. 111 Seiten. Preis 1.50 Mark.

Das Buch ist sehr gut ausgestattet und empfängt durch die vielen Zeichnungen und ganzseitigen bunten Bilder (Hans Thoma, Zumbusch) ein sehr lebendiges Gesicht. Textlich ist es recht vielseitig und fast durchweg geschickt dem Auffassungsvermögen der Kinder angepaßt. Es enthält Sprüche, Gedichte, Erzählungen, Reise- und Länderbeschreibungen, Naturwissenschaftliches, Bastelanweisungen, Rätsel und vieles andre. —

Mitteilungen des Bundesvorstandes

Nachstehende Kameraden haben ihre Ausweispapiere, darunter auch unsre Mitgliedskarten und Schutzsportausweise, verloren: 1. Hans Loch, Hamburg, Altonaer Straße 56, III, Abteilung 12 (Mitgliedskarte Nr. 793); 2. Hermann Lobenstein, Hamburg, Abteilung 17 (Mitgliedskarte Nr. 948, Schutzsportausweis Nr. 122).

Die betreffenden Ausweise werden hiermit für ungültig erklärt. — **Der Bundesvorstand. J. A.: O. Hörsing.**

VON 10000 MARKEN-SPRECHMASCHINEN SOLLTEN SIE nur Abcophon! WÄHLEN! WARUM? — Abcophon SPRECHAPPARATE SIND MARKE DAHER JEDE GARANTIE LIEFERUNG DIREKT AN PRIVATE TEILZAHLUNG 1.75 AN WOCHENTL. PRACHTKATALOG MIT CA. 30 MODELLE GRATIS UND FRANKO. ABCO G.M.B.H. BERLIN SW 68 KOCHST. 73. PLATTEN ALLER MARKEN AUF TEILZAHLUNG

Reichsbannerfahnen sowie sämtliche schwarzrotgoldenen Artikel. Welgert & Kahane Nürnberger Fahnenfabrik, Kaiserstr. 6. Warenherstellung f. repub. Verbände u. Vereine. Tel. 21109

Echte Harzer ... Zuchtpch ... chneew. Kan ... Futt., Vog ... Arzn. ... Prsl. fr. Großz. Heydenreich Bad Suderode 54 Harz

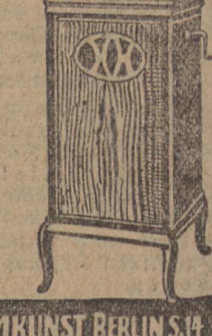
Erscheint nur 1mal! Bitte aufbewahren!

Diese zwei schönen Puppen

sind der sehnlichste Wunsch Ihrer Kleinen. Als Hersteller liefere ich Ihnen frei Haus etwas wirklich Gutes zu einem außergewöhnlich billigen Preise. Lotte: Spricht selbsttätig laut und deutlich Papa und Mama; kein Versagen, bin Alleinhersteller dieser Neuheit. Diese Puppe ist aus bestem Stoff hochmodern, zum an- und ausziehen gekleidet, ist unzerbrechlich, hat abwaschbaren Kopf mit hübschem Gesicht; kurz, hat alle Vorzüge und kostet 52 cm groß nur 6.90 Mk.; dieselbe Puppe in 70 cm nur 8.80 Mk. Christa: Filzgelenkpuppe aus bestem Filzmaterial dauerhaft und sauber gearbeitet, mit moderner Frisur und abwaschbarem Kopf, zum an- u. ausziehen reizend gekleidet; unzerbrechlich und kostet in Größe 40 cm nur 5.90 Mk.; dieselbe Puppe in 50 cm nur 7.20 Mk. Alles porto- u. verpackungsfrei. Versand per Nachnahme. Als Weihnachtsgeschenk wird jedem Besteller ein Rotkäppchen mit Schlafaugen und Frisur gratis beigefügt. Milon Gebler, Puppenfabrik, Steinach 19, Thür.-W.

Moritz Hugo Jakob Markneukirchen 78. Beste Bezugsquelle für Musikinstrumente aller Art. Welches Instrument wird gewünscht? Preisliste kostenlos. 1214

Thüringer Pflaumenmus gar. reine zuckergesüßte feinste Qualität 10 Pfd.-Eimer 3.75 Mk. ab hier Nachnahme OTTO RITTER Pflaumenmusfabrik Schkölen i. Thüringen 46



30 neue Modelle Luxus-Katalog A 3 gratis Jeder Apparat mit Garantie. DEUTSCHE HEIMKUNST, BERLIN S. 14 Kommandantenstr. 45. Geöffnet 9-7 Uhr.

Achtung! Einmaliges Sonderangebot! Glas-Christbaumschmuck

Durch unsere einzig dastehend zusammengestellten Prachtsortimente mit bis 10 cm großen Schmuckstücken werden Sie auch in diesem Jahre größte Freude bereiten. Nur größere neuzeitliche Ausführung aus erster Hand! Prachtsortiment I enth. 192 Stück echt vers., hochf. ausgeführte Panorama- u. Regenbogen-Kugeln in allen Farben u. Größen, ff. bemalte Eier, 10 cm groß, herrl. wirkende brill. Reflexe, Glocken läutend, Phantasievögel a/Klemmer, Glückspilz, Goldfisch, Nikolas, Eiszapfen, Edelobst, Birnen, Aepfel, Weintrauben, Pfirsiche, Erdbeeren, Strangkugeln, Wunderkerzen; mit feinst. Silberdraht umsponnene ff. Ballons, Schiff, Kugeln, herrl. Blumenkörbchen echt versilbert u. vieles andere, prächtige Baumspitze mit vornehmem Farbenreflex und reichem Lamettabusch, 25 cm groß. Alles einschließl. Porto u. sorgfältigster Verpackung für nur Mk. 7.60 frei Nachnahme. Obiges Sortiment wird für Liebhaber in feinster weißer Ausführung zum selben Preis geliefert und bitten um genaue Angabe. Jeder Besteller erhält zur Weiterempfehlung feinsten Seidenplüsch-Teddybär mit Stimme, 25 cm groß, gratis. Kaufen Sie nur gute u. gr. Ware, aber nicht große Stückzahl. Müller, Pfeiffer & Sohn, Lauscha i. Th., Nr. 62. Für Wiederverkäufer und Vereine reichhaltigste Sortimente von 20 Mk. an.

Formen mit denen sich jedermann und jedes Kind: Indianer-Reiter-Tiere und viele andere Figuren selbst anfertigen kann. Das Vollendetste u. Neuzeitlichste auf dies. Gebiete. Verlangen Sie sofort illustriert. Katalog gratis u. portofrei ohne jed. Kaufzwang. Wo nicht zu haben, Lieferung direkt an Private ab Fabrik! Gebr. Schneider Gießformenfabrik Leipzig N 22/124. 126

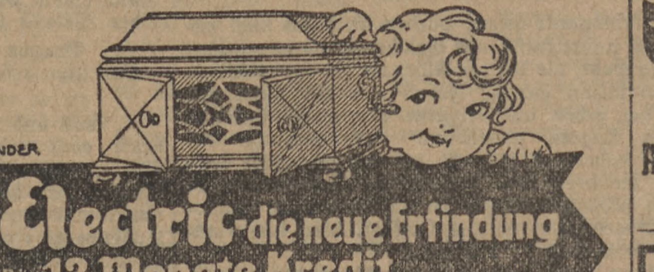
Es ist Ehrenpflicht der Kameraden und deren Frauen, bei ihren Einkäufen die Inserenten des Reichsbanners zu berücksichtigen!

Größte Ausw. i. Musikinstrumenten zu herabgesetzten Preisen. Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 604. Gr. Katalog umsonst. Anfr. v. M. 10.— portofr. Schallplatten M. 1.50 an.

Weihnachten. Reizende Neuheiten in Spielwaren • Christbaumschmuck Uhren • Ledertaschen • Musikinstrum. • Hausgeräten u. s. w. Reichhaltiger Weihnachtskatalog gratis u. franko. Burgsmüller-Betriebe, Kreiensen W. Nr. 7

Auf den Weihnachtstisch jeder republikanischen Familie gehört das vom Bundesvorstand empfohlene 1. Republ. Gesellschaftsspiel „Historia" in den Farben Schwarz-Rot-Gold. Ortsgruppen oder Kameraden als Wiederverkäufer allerorts gegen hohen Rabatt gesucht. Alleiniger Vertreter: Kamerad L. Heinrich Naumburg a. S. Pfortastraße 27. 1264

Weihnachtsgeschenke 12662 Chaiselongues Metallbetten, Polster, Steppdecken an Private, Ratenz. Katalog W 20 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)



Electric — die neue Erfindung. Bis 12 Monate Kredit. Lange Garantie. Rate 75 Pfg. an. Ganz umsonst u. franco Prachtkatalog B mit 35 Modellen. MUSIKHAUS HANS MUSKAT & Co. BERLIN S PRINZENSTR. 98 TÄGLICH GEÖFFNET VON 9-7

Theaterstücke Humoristika Rezitationen Katalog kostenlos HOFFMANNS VERLAG Berlin O 27. Blumenstr. 22

Kameraden! Republik. Märsche für Martinshörner, Trommeln und Querpfeifen. Ausrüstung ganzer Korps in Martinshörnern und Spielmannszüge, einheitl. republikan. Schwalbennester usw. kauf. Sie z. denkbar niedr. Preis. b. Bundesgenossen E. ch. Ranft, Pausa i. V., Musikinstrumenten-Fabrikation. Zahlungserleichterung. Sprechapparate u. Schallplatten. Katalog frei. 25 neue Freiheitsmärsche für Martinstrompeten oder Schalmeien.

Fahr- u. Motorräder Näh- und Sprechmaschinen. Auf Teilzahlung, auch ohne Anzahlung Monatsraten von 5.— Mark an. Frachtfreie Lieferung. Verlangen Sie Katalog. Ing. Arthur Schlosser, Breslau 3 Postschließfach 23/37. Lohnender Nebenverdienst durch Kundenzuführung! 1/525

„Silberbärfelle" Das beste Weihnachtsgeschenk! Echte Heidschnuckenfelle, Marke Silberbär", in schneeweiß, silbergrau, braunschw., sind ebenso schön als bedeutend billig, 1. Mk. Luxusf. 18 Mk., übergr. Luxusfelle (Seltenh.) 21 Mk. Gr. ca. 85 X 115 cm. — Auch Autopelzdecken, Fußsäcke, Pelzfußsäcke, Sanat. Schreibtischvorlagen, Schlittendecken. Kat. frei. Gustav Heitmann, Lederpelzfabrik, Schneverdingen 179 (Lüneburger Heide)

Anzeigen-Annahme-Schluß 10 Tage vor Erscheinen.